

# Beschlüsse

## der studentischen Vollversammlung

04. November 2009

### **1 Solidaritätserklärung**

Die Studierendenschaft der Universität Potsdam erklärt sich solidarisch mit den Besetzerinnen und Besetzern der Hochschulen in Wien, Graz, Salzburg und allen anderen österreichischen sowie deutschen Städten, die gleiche bildungspolitische Prinzipien und Ziele verfolgen wie der Bildungsstreik in Potsdam. Wir befürworten diese Aktionsform als probates Mittel zur Durchsetzung unserer bildungspolitischen Interessen.

### **2 Anwesenheitslisten**

Die studentische VV fordert den akademischen Senat auf, dem bereits erklärten Willen zur Abschaffung der Anwesenheitslisten jetzt die konkrete Umsetzung folgen zu lassen. Der AStA und die studentischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, entsprechende Änderungen der BA-MA-Rahmenordnung zu beantragen.

### **3 Master für alle**

Die studentische VV fordert den akademischen Senat und die Landespolitik auf, dem bereits erklärten Willen zur Abschaffung der Master-Zulassungsbeschränkungen jetzt die konkrete Umsetzung folgen zu lassen.

## 4 Demokratie

Der AStA der Universität Potsdam wird von der studentischen Vollversammlung beauftragt, im akademischen Senat mindestens Viertelparität in allen universitären Gremien zu beantragen, in denen dies rechtlich möglich ist.

## 5 Resolution: Endlich merkliche Verbesserungen durchsetzen!

Wir fordern die zukünftige Landesregierung, die Landtagsmitglieder sowie die Parteien SPD und Die Linke auf, schnellstmöglich tatsächliche Verbesserungen der Situation an Brandenburgischen Hochschulen durchzusetzen. Stehen Sie zu Ihren Wahlversprechen!

Insbesondere fordern wir die Umsetzung folgender Punkte, die bereits beim Bildungstreik 2009, bei der Novellierung des Hochschulgesetzes 2008 als auch vorher und nachher von vielen Studierendenvertretungen artikuliert wurden:

- Erhöhung der Ausgaben für Hochschulen aus dem Haushalt des Landes Brandenburg, insbesondere die Schaffung weiterer Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau zur Verbesserung der Betreuungsrelation.
- Streichung der 51 Euro Immatrikulations- und Rückmeldegebühr, die wir als versteckte Studiengebühr betrachten.
- Änderung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes, bei der vor allem folgende Punkte einfließen sollen:
  - Rücknahme der Möglichkeit zur Zwangsexmatrikulation nach Überschreiten einer, von den Hochschulen zu bestimmenden, Semesteranzahl;
  - Verbindliche Verankerung eines Rechtsanspruches auf einen Masterplatz bei abgeschlossenem Bachelor-Studium;
  - Verpflichtung der Hochschulen zur Einführung der Möglichkeit eines semesterweise wählbaren Teilzeitstudiums;
  - Stärkere stimmberechtigte Beteiligung von Studierenden in den Hochschulgremien sowie die Stärkung der demokratischen Gremien an den Hochschulen gegenüber der Exekutive (Präsident\_in, Dekan\_in).
- Erhalt der Fächervielfalt und Studiengänge der Universität Potsdam, insbesondere Erhalt der bedrohten Fächer Kunst, Humangeographie, Regionalwissenschaften und Volkswirtschaftslehre.
- Umgehende Erhöhung der finanziellen Kapazitäten für LehrerInnen- und ReferendarInnen-Stellen.